

Teil 2 Finanz- und Kirchendirektion (FKD)

Zitat

"Nachhaltige Finanzpolitik erfordert Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichtes zwischen Aufwand und Ertrag"

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

Der Kanton Basel-Landschaft ist und bleibt ein attraktiver Standort für seine Einwohnerinnen und Einwohner sowie für die bestehenden und für neue Unternehmen. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die Lebens- und Umweltqualität sind gut, und die Infrastruktur ist auf einem hohen Stand. Auch die finanzielle Lage darf im Vergleich mit den anderen Kantonen als solide beurteilt werden. Die in der Vergangenheit verzeichneten Defizite sind im interkantonalen Vergleich bedeutend tiefer. Trotzdem lässt sich auch im Kanton Basel-Landschaft ein Wachstum der Ausgaben beobachten, das über dem Anstieg der Steuereinnahmen liegt. Die Analyse der Fehlbeträge hat ergeben, dass der Staatshaushalt des Kantons Basel-Landschaft zunehmend strukturell überlastet ist. Der strukturelle Fehlbetrag ist im Wesentlichen auf kurzfristig unbeeinflussbare Mehrbelastungen zurückzuführen, die über Bundesrecht und interkantonale Vereinbarungen in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung und Verkehr zustande gekommen sind. Zur Überlastung trägt auch der hohe Anteil der Ausgaben des Kantons bei, die gesetzlich gebunden sind und deswegen kurzfristig nicht gesenkt werden können. Die Wünsche sind in aller Regel grösser und stärker als die finanziellen Möglichkeiten.

Der aktuelle Finanzplan 2005 - 2007 zeigt, dass der finanzielle Spielraum in den nächsten Jahren stark eingeschränkt wird und im Jahr 2007 - ohne entsprechende Gegenmassnahmen - mit einem Defizit der Laufenden Rechnung von 338 Millionen Franken gerechnet werden muss. Die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen öffnet sich also bedrohlich. Die Folge wäre, dass die Selbstfinanzierung der Investitionen bei Null läge und sogar die Laufende Rechnung teilweise mit Krediten finanziert werden müsste!

Die Baselbieter Regierung hat den Handlungsbedarf erkannt. Sie hat die Wiederherstellung des Gleichgewichtes zwischen Aufwand und Ertrag in der Staatsrechnung und damit die Rückgewinnung des finanziellen Spielraums zum finanzpolitischen Schwerpunkt der laufenden Legislaturperiode, zum wichtigsten Ziel überhaupt erklärt. Die Regierung hat auch erkannt, dass sich der angestrebte Ausgleich des Finanzhaushaltes mit kurzfristigen Sparmassnahmen im Rahmen des Budgets allein nicht erreichen lässt. Das Entlastungsvolumen, das realisiert werden muss, ist zu gross. Es sind substantielle Eingriffe nötig.

Die Regierung hat deshalb eine generelle Überprüfung der Aufgaben und Leistungen des Kantons angeordnet. Der Auftrag ist, ein Entlastungspotenzial von 300 Millionen Franken im Jahr 2007 aufzuzeigen. Aus diesem Entlastungspotenzial sollen dann konkrete Massnahmen zur Entlastung des Staatshaushaltes in der Höhe von 200 Millionen Franken bis zum Jahr 2007 ausgewählt werden. Die Sparvorgabe ist auf die einzelnen Direktionen unter Berücksichtigung der nicht beeinflussbaren Positionen aufgeteilt worden. In der ersten Hälfte 2005 soll dem Parlament die Vorlage zur Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) unterbreitet werden.

Die Regierung prüft zudem die Einführung einer kantonalen Defizitbremse, welche die Aufwandsdynamik innerhalb klar definierter Grenzen an die Ertragsentwicklung koppelt. Danach darf der Negativsaldo der Laufenden Rechnung im Budget nicht über 3 Prozent der erwarteten Steuereinnahmen liegen. Diese Defizitbremse unterstützt das Ziel, den Haushalt nachhaltig auszugleichen.

Zur generellen Aufgabenüberprüfung und Defizitbremse kommen Massnahmen, die bereits vor zwei Jahren eingeleitet worden sind, wie zum Beispiel der Neustart des Projektes "Wirkungsorientierte Verwaltungsführung", die konsequentere Ausschöpfung von Rationalisierungspotenzialen in der Verwaltung und die effizientere Steuerung der Finanzplanung durch die Stärkung der Konzernfunktion.

Nur auf diesem Weg kann die Regierung ihren Handlungsspielraum zurückgewinnen und ihre eigentliche Aufgabe erfüllen, nämlich Prioritäten setzen und Weichen stellen. Das ist doch eine erfreuliche Perspektive, die alle Baselbieterinnen und Baselbieter motivieren sollte, die Regierung in ihren Zielen und Massnahmen zu unterstützen.

<p>Nr. 2.01</p>	<p>Programmpunkt Finanzwesen</p> <p>Strategische Zielsetzungen Der Finanzhaushalt des Kantons Basel-Landschaft soll in der laufenden Legislaturperiode ins Gleichgewicht gebracht werden. Ziel ist es, den Finanzhaushalt bis zum Jahr 2007 um rund 200 Millionen Franken zu entlasten. Dieses Ziel soll schrittweise realisiert werden, indem in den Budgetjahren bis zum Jahr 2007 ein stetig wachsendes Entlastungsvolumen realisiert werden soll.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 2.01.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) Zur Ende 2003 eingeleiteten Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) wird dem Landrat in der ersten Jahreshälfte 2005 eine Vorlage unterbreitet. Parallel dazu werden die Massnahmen, die in der Kompetenz des Regierungsrates liegen, konkretisiert und umgesetzt. Bei der Finanz- und Kirchendirektion wird ein Umsetzungscontrolling für die Generelle Aufgabenüberprüfung etabliert.</p> <p>Als flankierende Massnahme im Personalbereich wird eine zeitlich befristete Vorpensionierungsaktion durchgeführt.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005</p> <p>Entlastung von 20.9 Mio. Fr.</p> <p>Belastung von 5 Mio. Fr.</p>	<p>Das Parlament hat die Vorlage zur GAP mit kleinen Abstrichen beschlossen. In der Volksabstimmung im September 2005 wurden zusätzlich vier Massnahmen abgelehnt.</p>
<p>Nr. 2.01.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Einführung einer kantonalen Ausgabenbremse Dem Landrat wird eine Vorlage zur Einführung einer kantonalen Ausgabenbremse unterbreitet. Die Inkraftsetzung ist per 1. Januar 2006 vorgesehen.</p>		<p>Die Vorlage zur Defizitbremse ist im Dezember 2005 an den Landrat überwiesen worden. Die Inkraftsetzung wird sich voraussichtlich um ein Jahr verzögern.</p>
<p>Nr. 2.02</p>	<p>Programmpunkt Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV)</p> <p>Strategische Zielsetzungen Im Mittelpunkt steht die Effizienzsteigerung in der kantonalen Verwaltung. Die im Rahmen des Projekts WoV initiierten Teilprojekte werden priorisiert und als Einzelprojekte weitergeführt.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	
<p>Nr. 2.02.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) nach bestimmten Kriterien.</p>		<p>Die Vorbereitungen zur Ablösung der Lohnadministrations- und Rechnungswesens-EDV sind im Gange. Die weitere Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung wird sistiert bis der Entscheid für ein neues EDV-System vorliegt.</p>

Nr 2.02.02	Einzelne Massnahme Agenturbericht und Riskmanagement Dem Landrat soll im Laufe des Jahres 2005 ein Bericht über den Umgang mit den Agenturen und mit Risiken unterbreitet werden. Dabei wird auch auf bereits geleisteten Grundlagenarbeiten wie zum Beispiel dem Bericht über die regionale Zusammenarbeit (Partnerschaftsbericht) aufgebaut.		Aufgrund von knappen Personalressourcen hat sich die Erarbeitung des Berichtes verzögert. Die Überweisung des Berichtes an die landrätliche Kommission ist im 1. Halbjahr 2006 vorgesehen.
------------	--	--	--

<p>Nr. 2.03</p>	<p>Programmpunkt Sozialwesen</p> <p>Strategische Zielsetzungen Nebst den vielen gesetzlich vorgegebenen und wiederkehrenden Aufgaben werden für das Jahr 2005 verschiedene Schwerpunkte gesetzt, wie die Durchführung von Ausbildungs- und Fortbildungsschulungen mit verschiedenen Modulen für neu gewählte Mitglieder der Sozialhilfebehörden, die Weiterführung der periodischen Kontrollen in den Behörden hinsichtlich des ordnungsgemässen Vollzugs des Sozialhilfegesetzes und deren Verordnungen, sowie das weitere Vorgehen hinsichtlich der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) nach Beendigung und Auswertung der Pilotphase. Weitere Zielsetzungen bestehen im Bereich Datenaustausch mit den Gemeinden, wo in einer zweiten Phase der Austausch von Sozialhilfedaten mit weiteren Gemeinden realisiert wird. Per Ende 2005 wird wiederum eine umfassende Evaluation der Bestimmungen über die Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen (§ 52 SHG) in Form eines Jahresberichtes erstellt, nachdem der Landrat im vergangenen Herbst über das Dekret betreffend Verlängerung der §§ 16 - 19 und 34 SHG befunden hatte. An der seit Jahren bekundeten Zielsetzung einer Zusammenführung aller Dienste an einem Standort wird weiterhin festgehalten, ein entsprechendes Raumbegehren ist bei der zuständigen Stelle anhängig.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p> <p>Im Bereich Aus- und Fortbildung wurden diverse Schulungs- und Informationsveranstaltungen angeboten. Speziell zu erwähnen sind zwei grosse Schulungsveranstaltungen für je rund 300 Personen, im Januar 2005 für neu gewählte Behördenmitglieder und im Dezember 2005 im Zusammenhang mit den zahlreichen Änderungen, welche am 1. Januar 2006 in Kraft getreten sind.</p> <p>Im Bereich der Rechtsetzung sind folgende Änderungen insbesondere erwähnenswert:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Am 6. September 2005 hat der Regierungsrat eine Änderung der Sozialhilfeverordnung (SHV) beschlossen, welche infolge mehrerer Anpassungen notwendig und per 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt wurde. - Zur Umsetzung der GAP-Massnahmen hat der Regierungsrat am 18. Oktober 2005 eine Änderung des Sozialhilfegesetzes (SHG) auf den 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt. - Am 18. Oktober 2005 hat der Regierungsrat eine weitere Änderung der Sozialhilfeverordnung beschlossen, welche infolge der Einführung von GAP-Massnahmen notwendig und per 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt wurde. - Ebenfalls als Folge der GAP-Massnahmen hat der Regierungsrat gleichentags eine Änderung der Verordnung über die Bevorschussung und das Inkasso von Unterhaltsbeiträgen (BIV) beschlossen. - Die Änderungen der Kantonalen Asylverordnung (kAV) befanden sich Ende 2005 noch in der Vernehmlassung. Der Beschluss durch den Regierungsrat wird vermutlich zu Beginn 2006 gefasst werden, die Inkraftsetzung ist auf den 1. April 2006 vorgesehen.
-----------------	--	---

		<p>Die Arbeitsgruppe "Interinstitutionelle Zusammenarbeit" hat ihre umfangreichen Vorarbeiten abgeschlossen, die involvierten Stellen informiert und geschult. Einer flächendeckenden und reibungslosen Einführung im Kanton per 1. Januar 2006 steht somit nichts mehr entgegen. Weitere Verfeinerungen für 2006 sind bereits initiiert.</p> <p>Im Bereich "Elektronischer Datenaustausch" konnten zu einzelnen grossen Gemeinden, welche über das Software-System "KLIB" verfügen, Schnittstellen geschaffen werden, was den Datenaustausch zwischen den Sozialhilfebehörden und dem KSA entscheidend vereinfacht hat. Der Austausch von Papier fällt weg. So besteht bereits mit acht Gemeinden eine Lösung, womit rund 35% der Daten aller Sozialhilfefälle übermittelt werden können. Mit der Software "VIS" besteht derzeit ein Pilotprojekt mit der Gemeinde Oberwil. Nach Ablauf der Testphase ist geplant, weiteren neun Gemeinden, welche über die Software "VIS" verfügen, einen solchen Datenaustausch zu ermöglichen, was wiederum einem Volumen von rund 40% aller Sozialhilfefälle entspricht.</p> <p>Im Hinblick auf die Beendigung der Geltungsdauer der §§ 16 - 19, 34 und 52 SHG über die "Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen" und der §§ 1 und 2 des Dekrets über die Verlängerung derselben bis zum 31. Dezember 2006, hat die Konsultativkommission Sozialhilfe (KKSH) eine fundierte Evaluation betreffend die Wirksamkeit von Eingliederungsmassnahmen durchgeführt. Die Ergebnisse, Erkenntnisse und Erfahrungen einerseits und Vorschläge auf eine mögliche Weiterführung ab 2007 in erweiterter Form andererseits wurden in einer detaillierten, mehrseitigen Landratsvorlage dargestellt und im Dezember 2005 durch den Regierungsrat in die Vernehmlassung gegeben.</p>
--	--	---

<p>Nr. 2.03.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) Die Arbeiten für die Entwicklung neuer Strategien und die Ausarbeitung neuer Konzepte in der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) sind auf gutem Wege.</p> <p>Planungsstand: Vor Jahresfrist wurde ein Pilotprojekt ins Leben gerufen. Nach Beendigung und Auswertung dieser Pilotphase wird ein Bericht entstehen, gleichzeitig sind neue Beschlüsse zu fassen. Datum der Zielerreichung: 30. September 2005 (Endbericht "Pilot").</p>		<p>Mit RRB Nr. 1898 vom 29. November 2005 hat der Regierungsrat vom unterbreiteten und sehr detaillierten sechsten Bericht der Arbeitsgruppe "Koordination" / Koordinationsstelle IIZ zustimmend Kenntnis genommen. Das Projekt wird seit 1. Januar 2006 im Kanton flächendeckend umgesetzt.</p>
<p>Nr. 2.03.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Vernetzung der EDV mit externen Sozialhilfestellen in weiteren Gemeinden In einer ersten Phase im vergangenen Jahr konnte eine Vernetzung im Bereich der KLIB-unterstützten Gemeindesysteme realisiert werden (KLIB = Klienteninformation und -buchhaltung). In einer weiteren Phase ist ein Verbund mit weiteren Gemeinden vorgesehen. Mit dieser Zielsetzung kann die alljährliche Erhebung von statistischem Zahlenmaterial aus den Gemeinden forciert und vereinfacht werden, was als weitere fundierte Basis für die zahlreichen Kontrollaufgaben dienen wird.</p> <p>Planungsstand: Die Zielsetzung erfolgte in Absprache mit der Abteilung Direktionsinformatik, unter Einbezug der Datenschutz-Beauftragten des Kantons und in enger Zusammenarbeit mit der Direktionsinformatik und Gemeindevertretungen. Datum der Zielerreichung: 30. September 2005.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 0.07 Mio. Fr.</p>	<p>Ziel erreicht.</p>
<p>Nr. 2.03.04</p>	<p>Einzelne Massnahme Zusammenführung aller Dienste an einem Standort Seit dem 9. April 2003 ist bei der zuständigen Stelle ein Raumbegehren für einen gemeinsamen Standort im Raume Liestal hängig.</p> <p>Datum der Zielerreichung: 30. November 2005.</p>		<p>Ziel nicht erreicht. Das Raumbegehren ist seit längerer Zeit in der zuständigen Kommission hängig. Ob und zu welchem Zeitpunkt eine Zusammenführung aller Dienste möglich sein wird, ist völlig offen.</p>

<p>Nr. 2.03.05</p>	<p>Einzelne Massnahme Externe Kontrollen und spezifische Schulungen für Behördenmitglieder Weiterführung der periodischen Kontrollen in den Gemeinden. Durchführung von ausserordentlichen Schulungen zur Aus- und Weiterbildung für neu gewählte Behördenmitglieder anhand verschiedener Module.</p> <p>Planungsstand: Es werden jährlich neue Kursangebote erarbeitet. Im Jahr 2005 werden zusätzliche Gesamtschulungen offeriert. Datum der Zielerreichung: Externe Kontrollen: 31. Mai 2005 / 30. November 2005 Spezifische Schulungen: 31. Mai 2005 / 30. November 2005 Generelle Schulungen: 31. März 2005.</p>		<p>Ziel erreicht.</p>
<p>Nr. 2.03.06</p>	<p>Einzelne Massnahme Kantonale Sozialhilfestatistik Erstellung einer aussagekräftigen Sozialhilfestatistik in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt.</p> <p>Planungsstand: Durch die jährliche Publikation der Sozialhilfestatistik im Internet ergeben sich zunehmend Rückmeldungen und Anregungen aus Fachkreisen. Von Jahr zu Jahr können mehr Vergleiche angestellt und allenfalls neue Datenreihen erhoben und verarbeitet werden. Datum der Zielerreichung: 30. April 2005.</p>		<p>Ziel erreicht.</p>

<p>Nr. 2.04</p>	<p>Programmpunkt Asylwesen</p> <p>Strategische Zielsetzungen Der Kanton weist den Gemeinden die Asylsuchenden anteilmässig zu, richtet den Gemeinden die bundesrechtliche Vergütung aus, sorgt für die Bereitstellung der bundesrechtlichen Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme für Asylsuchende und kann Erstaufnahmeheime führen (§ 32 Abs. 2 SHG). Ein solches Erstaufnahmeheim sollte im Jahr 2005 mit Standort in Pratteln und als Ersatz für jenes in Laufen eröffnet werden. Die Koordination und Organisation des Asylwesens sowie die effiziente Verwaltung der Bundesmittel stehen im Vordergrund. Die bestehende und laufend angepasste Organisation des Asylwesens hat sich auch in ausserordentlichen Situationen bewährt.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p> <p>Im Berichtsjahr wurden gesamtschweizerisch 10'061 neue Asylgesuche gestellt, was gegenüber dem Vorjahr einer Abnahme um 29,5% entspricht. Der Bestand an Personen des Asylrechts im Kanton hat sich innert Jahresfrist um 14,1% auf 1'619 Personen verringert.</p> <p>Am 26. April 2005 hat der Regierungsrat beschlossen, die Aufnahmequote von Asylsuchenden für die Gemeinden erneut zu senken. Per 1. Juli 2005 wurde die Quote durch die aktuelle Entwicklung im Asylbereich von 1.0% auf 0.8% reduziert.</p> <p>Die Unterbringung der Asylsuchenden in den Gemeinden verlief ohne Probleme. Da die Gemeinden nur noch sehr wenig neuen Wohnraum anzubieten hatten, wurden die dem Kanton neu zugewiesenen Asylsuchenden primär in die vorhandenen Kollektivunterkünfte verlegt. Bestehende Wohnräume in den Gemeinden werden bei Abgängen nur noch nach Rücksprache mit den Gemeinden neu belegt.</p> <p>Unter diesen Rahmenbedingungen zeigte sich einmal mehr, dass das im Kanton Basel-Landschaft installierte System, mit seiner schlanken und vollumfänglich durch Bundesgelder finanzierten Administration beim Kanton sowie der Zuweisung mittels Quotenregelung auf die Gemeinden und die Abgeltung der jeweiligen Kosten über Tages- und Bestandespauschalen aus Bundesmitteln, in der Regel optimal auf Veränderungen reagiert.</p> <p>Bereits im Hinblick auf diese Entwicklung hat das KSA für das Jahr 2006 mit den Gemeinden, welche über ein Kontingent an Betreuerstellen verfügen, eine lineare Reduktion von 20% oder 495'000 Franken ausgehandelt.</p>
-----------------	--	---

			Im Zuge der Umsetzung NEE (Nichteintretensentscheide) wurde in Muttenz ein Nothilfezentrum eröffnet. Auf der Basis der für 2005 angenommenen Auslastung konnten die für 2005 budgetierten Kosten eingehalten werden.
Nr. 2.04.01	<p>Einzelne Massnahme Organisation und Koordination des Asylwesens Beratung der Gemeinden und Gewährleistung eines permanenten Informationsaustausches zwischen Bund, Kanton und Gemeinden.</p> <p>Planungsstand: Regelmässige Zusammenkunft von Erfa-Gruppen (mindestens vier Mal pro Jahr). Datum der Zielerreichung: 30. Juni 2005 / 31. Dezember 2005.</p>		Ziel erreicht.
Nr. 2.04.02	<p>Einzelne Massnahme Steuerung der Finanzierung des Asylwesens Überwachung der Kosten und Steuerung der Finanzierung zwischen Kanton und Gemeinden mittels Controlling-Management.</p> <p>Planungsstand: Controlling erfolgt permanent. Datum der Zielerreichung: 30. Juni 2005 / 31. Dezember 2005.</p>		Ziel erreicht.

<p>Nr. 2.06</p>	<p>Programmpunkt Familienfragen</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die Fachstelle für Familienfragen ist primär auf ein verwaltungsinternes Wirken ausgerichtet. Sie ist eine Dokumentations- und Koordinationsstelle für Familienfragen, berät den Regierungsrat in familienpolitischen Belangen und koordiniert verwaltungsinterne Querschnittsaufgaben. Zudem analysiert sie periodisch die familienrelevante Situation im Kanton und entwirft Konzepte und Vorschläge zur Optimierung der Familienpolitik des Regierungsrates zum Wohle der Familien. Die Umsetzung erfolgt gemäss der regierungsrätlichen Priorität.</p>		<p>Amtsbericht 2005</p> <p>Das Gesamtkonzept "Familienfragen Basel-Landschaft" wurde wie geplant anfangs 2005 publiziert.</p> <p>Die vorberatende Kommission "Gesetzesentwurf familienergänzende Kinderbetreuung / Kantonales Familiengesetz" hat die erste Lesung des Gesetzesentwurfes vollzogen und die Finanzierungsmodelle für die familienergänzende Kinderbetreuung erstellt. Die Schätzung der Nachfragepotenziale ist erfolgt.</p> <p>Das Forschungsprojekt "Familiäres Wohlbefinden zwischen Zeit, Raum und Freiwilligkeit" wurde abgeschlossen. Die Forschungsergebnisse der qualitativen Fallinterviews mit Baselbieter Familien wurden der Öffentlichkeit vorgestellt.</p> <p>Der Familienpass Region Basel wurde erfolgreich lanciert. Mittlerweile beziehen über 7'000 Familien den Familienpass. Das Evaluationskonzept liegt vor.</p> <p>Diverse Vorträge, Veröffentlichungen und Teilnahmen an Podiumsdiskussionen sind erfolgt.</p> <p>Das kantonale Impulsprogramm "Familie und Beruf" ist abgeschlossen worden. Die Zuständigkeit und Federführung zum Thema "Vereinbarkeit von Familie und Beruf" obliegt ab 1. Januar 2006 der Fachstelle für Familienfragen.</p>
<p>Nr. 2.06.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Dokumentation und Beratung / Information Der Auf- und Ausbau einer Dokumentationsstelle und die weitere Vernetzung zu internen Stellen, die sich mit familienrelevanten Aufgaben beschäftigen, dienen als Grundlagen für das Erstellen von Analysen und die Entwicklung von Konzepten. In weiteren Schritten wird die Dokumentation permanent ergänzt und aktualisiert.</p>		<p>Ziel erreicht.</p> <p>Der Aufbau der Fachstelle für Familienfragen sowie der Fachdokumentation wurde laufend ergänzt und angepasst. Dienstleistungen bezogen auf Information und Beratung zu familienpolitisch relevanten Themen.</p>

<p>Nr. 2.07</p>	<p>Programmpunkt Steuerwesen</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die anstehenden Steuergesetzrevisionen sind zur Erhaltung und Verbesserung der Standortattraktivität des Baselbietes voranzutreiben. Dabei sind die bundesrechtlichen Vorgaben und die finanziellen Möglichkeiten des Kantons Basel-Landschaft zu berücksichtigen.</p>		<p>Amtsbericht 2005</p>
<p>Nr. 2.07.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Fortsetzung der Revision der Familien- und Rentnerbesteuerung Fortsetzung der Revision der Familien- und Rentnerbesteuerung unter Einbezug der "Familiengerechten Kinderabzugs-Initiative". Vernehmlassung 2005; Parlamentarische Beratung 2005 / 2006; Volksabstimmung 2006; Inkraftsetzung per 1. 1. 2007.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: Ertragswirksam ab 2007</p>	<p>Eine erste Vernehmlassung wurde im Berichtsjahr durchgeführt. Aufgrund des Bundesgerichtsurteils vom 27. Mai 2005 musste die Vorlage ergänzt werden. Am 17. Januar 2006 wurde die zweite Vernehmlassungsvorlage vom Regierungsrat verabschiedet.</p>
<p>Nr. 2.07.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Vorbereitung der Unternehmenssteuerreform Vernehmlassung 2005; Parlamentarische Beratung 2006; Volksabstimmung 2007; Inkraftsetzung per 1. 1. 2008.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: Ertragswirksam ab 2008</p>	<p>Verwaltungsintern wurden verschiedene Varianten ausgearbeitet und Vorentwürfe erstellt. Wegen der Priorität der Familien- und Rentnerbesteuerung zusammen mit der Umsetzung des Bundesgerichtsurteils vom 27. Mai 2005 wurde im Berichtsjahr noch keine Vernehmlassung durchgeführt.</p>
<p>Nr. 2.07.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Umsetzung der Steuergesetzrevision 2004 Steuerbezug; Befreiung von der Handänderungssteuer bei Umstrukturierungen; Abzug behinderungsbedingter Kosten.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: 2 Mio. Fr. Minderertrag</p>	<p>Die Umsetzung dieser Steuergesetzesrevision ist abgeschlossen.</p>
<p>Nr. 2.07.04</p>	<p>Einzelne Massnahme Revision infolge Einführung des Fusionsgesetzes Vernehmlassung 2004; Parlamentarische Beratung 2005; Inkraftsetzung per 1. 1. 2006.</p>		<p>Die für die Einführung des Fusionsgesetzes notwendige Änderung des Steuergesetzes wurde vom Landrat am 12. Mai 2005 beschlossen. Die Referendumsfrist ist unbenutzt abgelaufen. Die Inkraftsetzung erfolgte termingemäss.</p>
<p>Nr. 2.07.05</p>	<p>Einzelne Massnahme Einführung einer Lohnmeldepflicht für Arbeitgebende In der Vorlage GAP enthalten; Inkraftsetzung per 1. 1. 2006.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005: Ertragswirksam ab 2006</p>	<p>Die für die Einführung der Lohnmeldepflicht notwendige Gesetzesänderung wurde vom Landrat beschlossen (Vorlage 2005 / 076 vom 8. März 2005) und vom Regierungsrat per 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt. Die organisatorische Umsetzung der Lohnmeldepflicht verläuft plangemäss. Die Synergien durch die gleichzeitige Einführung der Lohnmeldepflicht im Kanton Basel-Stadt werden ausgenützt.</p>

<p>Nr. 2.07.06</p>	<p>Einzelne Massnahme Umsetzung des Projektes "Census" Ablösung der bei der kantonalen Steuerverwaltung eingesetzten Informatikanwendungen durch die bereits in zehn Kantonen eingeführte Standardsoftware NEST (Neue Steuerlösung). Überprüfung und Dokumentation der Arbeitsabläufe im Rahmen des Projektes "Census". Verbesserung der Betriebssicherheit und der Prozesse und Intensivierung der Zusammenarbeit mit anderen kantonalen Steuerverwaltungen.</p> <p>Erreichen der Meilensteine gemäss Phasenplan</p> <ul style="list-style-type: none"> • Datenbereinigung nach durchgeführter Migration und Ablösung des Registers (Personendaten und Formularverwaltung); • Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit und der Auskunftsbereitschaft während des Übergangsjahrs 2005 mit dem Parallelbetrieb Host / NEST / Covela. <p>Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB / Vorlage 2002 / 153 Total: Fr. 11'310'000.- (Konti 2100.318.83.600, 2100.318.81.600, 2120.318.20.600) Per Ende 2003 verbraucht: Fr. 2'290'000.- Budget 2004: Fr. 3 Mio. Plan 2005: Fr. 3 Mio.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2005:</p> <p>3 Mio. Fr.</p>	<p>Das Projekt "Census" ist materiell und finanziell weiterhin im Plan. Die Meilensteine konnten erreicht werden.</p> <p>Die Migration der Personen- und der Bezugsdaten vom Host zu NEST erfolgte termingemäss anfangs 2005, brachte aber während des ganzen Berichtsjahres die erwarteten, aufwändigen Datenbereinigungen.</p> <p>Die umfangreichen Produktionen anfangs Jahr (Erstellung und Versand der Vorausrechnungen, Versand der Steuererklärungen, Erstellung und Versand der definitiven Veranlagungen und Rechnungen) zusammen mit den systembedingten Umstellungen bei der Produktion führten zu Verspätungen beim monatlichen Versand von definitiven Veranlagungen. Diese konnten jedoch rasch wieder eingeholt und der Betrieb stabilisiert werden.</p> <p>Die Betriebssicherheit und die Auskunftsbereitschaft im Übergangsjahr 2005 waren zu jeder Zeit gegeben.</p>
<p>Nr. 2.07.07</p>	<p>Einzelne Massnahme Veranlagung Juristische Personen mit NEST</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anwendung des Veranlagungsprogramms NEST für juristische Personen; • Einführung der NEST Veranlagungshilfen. <p>Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB / Vorlage 2002 / 153: siehe Nr. 2.07.06.</p>		<p>Die Veranlagung der Juristischen Personen mit NEST erfolgt seit anfangs 2005 ohne Probleme. Die Einführung der Veranlagungshilfen ist erfolgt und hat die Veranlagungsqualität verbessert. Die Steuerkunden erhalten detaillierte Veranlagungen, was unter anderem zu einer Abnahme der Rückfragen geführt hat.</p>
<p>Nr. 2.07.08</p>	<p>Einzelne Massnahme Veranlagung Natürliche Personen mit NEST</p> <ul style="list-style-type: none"> • Parametrisierung und Datenübernahme für die Veranlagung der natürlichen Personen ab Steuerperiode 2005; • Schulung der Veranlagenden der Gemeindesteuerämter und der kantonalen Steuerverwaltung. <p>Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB / Vorlage 2002 / 153: siehe Nr. 2.07.06.</p>		<p>Die Vorbereitung für die Betriebsaufnahme der Veranlagung der Natürlichen Personen im Februar 2006 ist erfolgt. Dazu gehörten neben regelmässigen Informationen der zukünftigen Anwenderinnen und Anwender umfangreiche Tests und zweitägige Schulungen.</p>

<p>Nr. 2.07.09</p>	<p>Einzelne Massnahme Gemeinsamer Steuerbezug</p> <ul style="list-style-type: none"> • Produktivsetzung des gemeinsamen Bezugs von Staats- und Gemeindesteuer, Konsolidierung und Umsetzung der neuen Arbeitsabläufe; • Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen für die Beteiligung weiterer Gemeinden am gemeinsamen Steuerbezug. <p>Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB / Vorlage 2002 / 153: siehe Nr. 2.07.06.</p>		<p>Der gemeinsame Bezug von Staats- und Gemeindesteuer ist seit Frühjahr 2005 produktiv. Nach anfänglichen Schwierigkeiten funktioniert die tagfertige, valutagerechte Überweisung der Gemeindesteueranteile reibungslos. Weitere Gemeinden können sich nun dem gemeinsamen Steuerbezug anschliessen. Für Interessierte wurde ein Informationsblatt erstellt.</p>
<p>Nr. 2.08</p>	<p>Programmpunkt Statistik</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage verbessert die Nutzung statistischer Daten des Bundes für kantonale Zwecke und trägt gleichzeitig dem Datenschutz in geeigneter Form Rechnung. Die Nutzung von Verwaltungsdaten für die Zwecke statistischer Informationen und damit als politische Entscheidungsgrundlagen ist vermehrt anzustreben. Der Ausbau des Web-Portals erleichtert den Zugang zu den Daten.</p>		<p>Amtsbericht 2005</p>
<p>Nr. 2.08.01</p>	<p>Einzelne Massnahme Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes</p> <p>Vorlage eines kantonalen Statistikgesetzes an den Landrat zur Sicherstellung einer genügenden rechtlichen Grundlage und zur Verbesserung der Effizienz bei statistischen Erhebungen.</p>		<p>Die Vorlage wurde in der ersten Jahreshälfte in die Vernehmlassung gegeben. Da gegenwärtig Abklärungen über einen möglichen Zusammenschluss der Statistischen Ämter BS und BL im Gange sind, ist die weitere Bearbeitung zurückgestellt worden.</p>
<p>Nr. 2.08.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Aufbau einer Personalstatistik</p> <p>Realisierung einer Personalstatistik für das Personal der kantonalen Verwaltung, der Spitäler und der kantonalen und kommunalen Schulen. Zusammenführung der verschiedenen Personal- und Beschäftigungsstatistiken des Bundes und des Kantons zur Entlastung der Administration durch die Schaffung einer einheitlichen Schnittstelle für die Verwaltung. Für die Spitäler ist eine entsprechende Schnittstelle bereits realisiert.</p>		<p>Die vorgesehene Bereitstellung einer definierten Schnittstelle durch die Finanzverwaltung war nicht möglich. Zur Verfügung steht ein roher Datenbestand, der durch das Statistische Amt aufwändig bearbeitet werden muss. Die Umsetzung verzögert sich deshalb.</p>
<p>Nr. 2.08.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Aufbau einer umfassenden Steuerstatistik</p> <p>Ablösung der bisherigen rudimentären Steuerstatistik und Aufbau einer umfassenden Steuerstatistik für die Beobachtung des kantonalen Steuersubstrates und als Grundlage für Modellrechnungen im Zusammenhang mit Steuergesetzrevisionen.</p>		<p>Die Vorarbeiten sind in Angriff genommen worden. Da die neue Software NEST derzeit eingeführt wird, wird mit der definitiven Schnittstelle zugewartet, bis die entsprechenden Programme produktiv sind.</p>

Nr. 2.08.04	<p>Einzelne Massnahme Ausbau des Web-Portals Mit dem weiteren Ausbau des Web-Portals auf der Basis einer weitgehend datenbankbasierenden Web-Lösung kann das Amt von Anfragen entlastet werden. Die Nutzung der Daten für die verwaltungsinternen und auch verwaltungsexternen Kundinnen und Kunden wird stark verbessert.</p>	Finanzielle Auswirkungen 2005: interne Kosten 0.1 Mio. Fr.	Das Web-Portal ist realisiert und konnte per Ende 2005 abgeschlossen werden. Es steht ab 2006 zur Verfügung. Der Ausbau erfolgt laufend.
Nr. 2.09	<p>Programmpunkt Personalwesen</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die Arbeiten des Personalamtes fokussieren sich auf die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Kantons als Arbeitgeber. Die personalpolitischen Forderungen von Parlament und Regierungsrat werden transparent umgesetzt.</p>		<p>Amtsbericht 2005</p>
Nr. 2.09.02	<p>Einzelne Massnahme Lohnwesen: Einführung des Prämiensystems Mit der definitiven Einführung des Prämiensystems soll die Honorierung aussergewöhnlicher Leistungen institutionalisiert werden.</p>		Ziel erreicht. Der Regierungsrat hat mit Beschluss Nr. 1720 vom 25. 10. 2005 die Richtlinien zur Ausrichtung von Leistungsprämien per 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt. Das Personalamt erstellt jährlich eine Auswertung über die Vergabepaxis zuhanden der Generalsekretärenkonferenz.
Nr. 2.09.03	<p>Einzelne Massnahme Weiterentwicklung des Personalcontrollings Mit der sukzessiven Entwicklung und Implementierung weiterer Module richtet sich der Fokus auf strukturelle Erhebungen und das Bereitstellen qualitativer Personalkennzahlen. Das Fortschreiten der Arbeiten richtet sich nach der Datenverfügbarkeit aus den verschiedenen Informationssystemen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Analyse betreffend Datenverfügbarkeit und Datenbereinigung mit den dezentralen Personaldiensten; • Aufbereitung und Bereitstellung von Kennzahlen in Bezug auf: <ol style="list-style-type: none"> 1. Mitarbeitende / Struktur (Mitarbeitende nach Vollzeit- / Teilzeitbeschäftigung, Geschlecht und Kaderzugehörigkeit) 2. Mitarbeitende / Qualität (Funktionsstruktur, Qualifikationsstruktur und berufliche Position). 		Ziel erreicht. Basierend auf den Personalbeständen per 31. 12. 2004 wurden die verschiedenen Personalstrukturen der Anstellungsbehörden, der Landeskantlei sowie der Gerichte erhoben und zur Personalstruktur des Kantons BL konsolidiert. Die verfügbare und bereinigte Datengrundlage ermöglichte folgende Auswertungen: <ul style="list-style-type: none"> • Personalbestand nach Funktionsbereichen/-gruppen, • Personalbestand nach Geschlecht, • Kadermitarbeitende, • Vollzeit-/Teilzeit-Mitarbeitende, • Qualifizierte Teilzeitmitarbeitende.

<p>Nr. 2.09.04</p>	<p>Einzelne Massnahme Personalentwicklung als Kompetenzzentrum Mit dem kontinuierlichen Ausbau der Personalentwicklung zu einem Kompetenzzentrum soll der "People Value" gesteigert werden. Promotion durch diverse Aktivitäten (persönliche Kontakte, Info-Heft, etc.).</p> <p>Mittels zusätzlicher statistischer Datenaufbereitung aus dem Bereich Personalentwicklung werden zukünftig Kostentransparenz und Grundlagen für personalpolitische Entscheide gewährleistet. Erfassen und statistisches Auswerten der externen Weiterbildungskosten (Aufbau eines EDV-Tools).</p>		<p>Mit dem Wechsel der Amtsleitung im Jahr 2005 wird das Personalamt neu strukturiert. Die Weiterentwicklung des Fachbereiches Personalentwicklung ist deshalb zurückgestellt worden und wird erst im Zuge der Neuausrichtung der gesamten Dienststelle an die Hand genommen.</p>
<p>Nr. 2.09.05</p>	<p>Einzelne Massnahme Weiterentwicklung im Bereich Mitarbeitendenrekrutierung Mit optimierten Instrumenten im Bereich der zentralen Mitarbeitendenrekrutierung wird stärker auf den internen Arbeits- und Stellenmarkt fokussiert.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung des Konzeptes für die neue interne Stellenvermittlung; • Verlagerung der Stellenausschreibungen einzelner Berufsgruppen von den Print- in die elektronischen Medien. 		<p>Der Personal-Pool - ein EDV gestütztes Instrument zur Vermittlung von internen Stellensuchenden - fand guten Anklang. Im Jahr 2005 waren durchschnittlich rund 50 Bewerberinnen- und Bewerberprofile aufgeschaltet und 20 Mitarbeitende konnten über den Personal-Pool eine neue Stelle finden.</p> <p>Die bisherigen Einzelinserate wurden grösstenteils durch einen so genannten Eyecatcher in den Printmedien abgelöst. Dieser Eyecatcher verweist auf offene Stellen, die auf unserer Homepage ausgeschrieben sind. Stellen für Lehrpersonen sind zudem kostenlos auf einer branchenspezifischen Homepage (www.educajob.ch) aufgeschaltet.</p>
<p>Nr. 2.11</p>	<p>Programmpunkt Luftverkehr (EuroAirport)</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die Region soll über einen intakten und konkurrenzfähigen Flughafen verfügen können, welcher die für den Wirtschaftsstandort Basel wichtigen Verkehrsverbindungen anbietet. Der Kanton Basel-Landschaft unterstützt die Bemühungen des EuroAirport Basel-Mulhouse (EAP), dem starken Verkehrs- und Ertragsrückgang entgegen zu wirken. Der Kanton Basel-Landschaft engagiert sich zudem für eine für die Bevölkerung möglichst verträgliche Abwicklung des Luftverkehrs. In Weiterführung der Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern soll der erreichte Konsens über die Umweltauswirkungen des Luftverkehrs weiter verbessert und gefestigt werden. Das bisher partnerschaftliche Verhältnis in der Region kann dadurch bewahrt und vertieft werden.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p>	

<p>Nr. 2.11.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Attraktivität des Flughafens weiter verbessern Der Kanton Basel-Landschaft unterstützt die Bemühungen des Flughafens, neue Verkehrsverbindungen zu generieren und seine Wettbewerbsfähigkeit weiter zu verbessern. Bevölkerung und Wirtschaft sollen wieder ein vielfältiges und attraktives Verkehrsangebot erhalten. Damit kann auch der erhebliche Verlust an Arbeitsplätzen auf dem Flughafen zumindest teilweise wettgemacht werden.</p>		<p>Das Verkehrsangebot ab Basel - Mulhouse hat sich stark verbessert. Mit der Eröffnung des Südterminals erhöhte sich zudem die Attraktivität des Flughafens wesentlich. Aufgrund der positiven Entwicklung hat sich auch die wirtschaftliche Situation des Flughafens verbessert. Insgesamt war 2005 ein erfolgreiches Jahr für den EuroAirport.</p>
<p>Nr. 2.11.04</p>	<p>Einzelne Massnahme Einrichtung eines Instrumente-Lande-Systems (ILS) Zur Verbesserung der Sicherheit des Landeverfahrens auf die Süd- / Nord-Piste soll ein Instrumente-Lande-System (ILS 34) installiert werden. Der Kanton Basel-Landschaft setzt sich dafür ein, dass die Verfahrensrechte der Schweizer Bevölkerung gewahrt werden. Zudem tritt er dafür ein, dass das neue Flugverfahren nur als Ersatz für das alte Verfahren dient.</p>		<p>Die Regierung hat sich für die Verfahrensrechte von Bevölkerung und Gemeinden stark engagiert. Sie hat dazu beigetragen, dass die Zivilluftfahrtbehörden ein Vernehmlassungsverfahren durchführten und ein Beschwerderecht installierten. In seiner Stellungnahme zum ILS 34 setzt sich der Regierungsrat für dessen umweltverträgliche Benutzung ein.</p>
<p>Nr. 2.12</p>	<p>Programmpunkt Gleichstellung von Frauen und Männern</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die Gleichstellungsarbeit wird gemäss den Legislaturzielen weiter auf eine breite und nachhaltige Gleichstellungs-Qualitätssicherung ("Gender Mainstreaming") ausgerichtet. Sie setzt inhaltliche Schwerpunkte vor allem im Berufs- und Bildungsbereich und zur besseren Abstimmung von Familien- und Berufsarbeit.</p>	<p>Amtsbericht 2005</p> <p>Die strategischen Zielsetzungen sowie die Gleichstellungsarbeit wurden im Rahmen der Beantwortung des Postulats 2003 / 237 überprüft, bestätigt und differenziert. Der Bericht wird dem LR im 1. Quartal 2006 vorgelegt.</p>	
<p>Nr. 2.12.02</p>	<p>Einzelne Massnahme Konzept zur Gleichstellungs-Qualitätssicherung Entwicklung eines Konzepts zur Gleichstellungs-Qualitätssicherung mit einer zweckmässigen Organisationsstruktur.</p>		<p>Nach Evaluation diverser Konzepte erfolgt die pilotweise Entwicklung eines Gleichstellungs-Controllings in mindestens drei Direktionen. Dank der Beteiligung an einem Transferprojekt von Müller / Sander "Gleichstellungs-Controlling" mit Finanzhilfen nach Gleichstellungsgesetz kann auf aktuelle Erfahrungen, Unterstützung und Instrumente zurückgegriffen werden. Eine Auswertung soll Ende 2007 vorliegen.</p>

<p>Nr. 2.12.03</p>	<p>Einzelne Massnahme Impulsprogramm "Familie und Beruf" Operative Umsetzung des Impulsprogramms "Familie und Beruf" im Bereich der flankierenden Massnahmen.</p>	<p>Teilweise aus Mitteln des Wirtschaftsförderungsfonds finanziert</p>	<p>Mit dem Schlussbericht vom Februar 2006 wird das Impulsprogramm "Familie und Beruf" der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion abgeschlossen. Damit hat die Fachstelle für Gleichstellung nach der Herausgabe der Grundlagenarbeit "GLÜCKLICHE Eltern – BETREUTE Kinder" (Liestal 2000) durch Kommission und FfG während fünf Jahren bei der Realisierung des Impulsprogramms mitgewirkt. Die Schaffung von 160 neuen Betreuungsplätzen im Vorschulbereich wurde begleitet u.a. von konkreten Angeboten für Mütter (Neuorientierung und Wiedereinstieg), Väter (Austausch und Vernetzung), Unternehmen (pragmatische Checks für KMU und Kosten-Nutzen-Analyse von gleichstellungs- und familienfreundlichen Massnahmen), Gemeinden (prozessorientierte Bedarfsanalyse) und einem Überblick über die geschaffenen Massnahmen ("Impulse gesetzt" zu bestellen unter ffg@fkd.bl.ch).</p>
--------------------	---	--	--